

Simon Truog

Die „Sprache des Herzens“. Sprachideologie in der Schweizer Mundartdebatte

Im Oktober 2010 veröffentlichte der Zürcher Tages-Anzeiger den Essay *Der Dialekt als Sprache des Herzens? Pardon, das ist Kitsch!* von Peter von Matt (2010). Der Literaturwissenschaftler schreibt darin gegen die verbreitete Vorstellung an, dass Schweizerdeutsch die ‚Muttersprache‘ der Deutschschweizer sei und Hochdeutsch ihre ‚erste Fremdsprache‘.¹ Auf dem Internetportal der Zeitung (www.tagesanzeiger.ch) wurden bis anhin² 294 Leserkommentare zu diesem Artikel veröffentlicht. Der Grundtenor der Kommentare ist emotional, und deren Verfasser scheinen sich in den meisten Fällen von dem Essay angegriffen zu fühlen. Gerade weil die Kommentare offenbar im Affekt geschrieben wurden, betrachte ich sie als einen idealen Gegenstand für eine Diskursanalyse zur sprachideologischen Debatte über die Schweizerische Mundart,³ da in dieser reflexionsarmen Schreibsituation die Diskursgeprägtheit der entstehenden Texte vermutlich groß ist. Das untersuchte Korpus besteht aus von Matts Artikel und den besagten 294 Kommentaren.

In einem ersten Teil lege ich meine theoretischen Grundannahmen dar, um dann in einem praktischen zweiten Teil der einfachen Frage nachzugehen: „Was wird gesagt?“. Dabei zeige ich vier in den Kommentaren ausgemachte Themenbereiche auf, indem ich zuerst zu der Thematik gehörende Begriffe und deren Vorkommen und dann einschlägige Aussagen angebe.

Ziel dieses Beitrags ist es, einige Eigenschaften einer Deutschschweizer Sprachideologie, von der ich glaube, dass sie die Schweizer Mundartdebatte diskursiv prägt, freizulegen und zu beschreiben.

1 Vgl. zu diesem Topos Hägi/Scharloth 2005.

2 Die Datenrecherche für die vorliegende Analyse wurde am 14.04.2011 abgeschlossen.

3 Von Matts Essay und dessen Diskussion stehen im Kontext einer allgemeinen Debatte, die sich im Hinblick auf eine kantonale Volksinitiative in Zürich im Mai 2011 zugespitzt hat; die Initiative legt die Schweizer Mundart als Unterrichtssprache im Kindergarten fest und wurde mit 53,9 Prozent Ja-Stimmen angenommen.